Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 67 | Dresden, Mittwoch den 19. März 1924 | 35. Jahrg.

Das Moskauer Gebot

Wie bereits mehrfach berichtet wurde, fanden in der Kommunistischen Partei Deutschlands in der letzten Zeit lebhafte Kämpfe statt, die mit dem Sieg des linken Flügels geendet haben. In letzter Linie ist aber die Haltung der Kommunistischen Partei in Deutschland gar nicht von irgendwelchen Entscheidungen abhängig, die in Deutschland gefällt werden, sondern maßgebend ist die Moskauer Internationale, die bestimmt, wie sich die deutschen Kommunisten zu verhalten haben. Jetzt veröffentlicht die kommunistische Presse einen spaltenlangen Erlaß der Exekutive der Moskauer Internationale mit der Ueberschrift: Zur parteitaktischen Diskussion in der K. P. D., der sich vor allem mit den Lehren der deutschen Ereignisse beschäftigt. Es wird konstatiert, daß die Einheitsfronttaktik in Deutschland der Partei große Erfolge gebracht habe, sie habe immer mehr Sympathie bei den Massen erworben und in die Reihen der Sozialdemokratie Zersplitterung hineingebracht. Es wird also von neuem bestätigt, daß die Kommunisten Zersplitterung der Sozialdemokratie meinen, wenn sie von „Einheitsfront" reden. Die Taktik der Einheitsfront, so wird besonders betont, sei keine demokratische Koalition, kein Bündnis mit der Sozialdemokratie, sie sei nur eine Methode der revolutionären Agitation und Mobilisierung.

Der Erlaß der Internationale beschäftigt sich dann weiter mit der revolutionären Krise in Deutschland vom Herbst vorigen Jahres. Der deutschen K. P. D. wird vorgeworfen, daß sie die Reife der revolutionären Situation in Deutschland zu spät erkannt habe. Die Partei habe es versäumt, eine energische Agitation für die Aufgabe der politischen Arbeiterräte durchzuführen. Die technischen Vorbereitungen, die Umstellung des Organisationsapparates auf den Machtkampf, die Bewaffnung und die innere Festigkeit der Hundertschaften wären minimal gewesen. Die Kräfte der Konterrevolution, besonders die Stärke der Sozialdemokratie als hemmende Kraft im Proletariat, habe man unterschätzt. Sehr wenig zufrieden ist man insbesondere in Moskau mit dem Verhalten der Kommunisten in Sachsen, die nach ihrer Instruktion damals ihre Stellung in der Regierung benutzten sollten, um 50000 bis 60000 Arbeiter zu bewaffnen.

Die Kommunisten in Sachsen wären verpflichtet gewesen, in der Regierung die Frage der Bewaffnung der Arbeiter brutal zu stellen. Schon in den ersten Stunden der Beteiligung an der Regierung durften die Kommunisten kein anderes Thema kennen als die Frage der Bewaffnung des Proletariats. Ein großer Fehler wäre es gewesen, daß die Kommunisten auf der Chemnitzer Konferenz es gar nicht versucht hätten, die Konferenz, obgleich der Generalstreik vorgeschlagen werden sollte, ausschließlich auf die Abwehr gegen die Reichsexekutive umzustellen. Dies waren, so heißt es, Fehler, die das verräterische Spiel der linken S.-P.-D.-Führer erleichtert haben. Es wird dann noch von dem Hamburger Aufstand gesprochen, der gezeigt habe, daß bei kühnem Einsetzen entschlossener Kampftruppen der Gegner im Angriff überrumpelt wird. Ein solcher Kampf sei freilich zum Scheitern verurteilt, wenn er isoliert bleibe. Es wird dann weiter gesagt, das sächsische Experiment habe gezeigt, daß die linken Sozialdemokraten in Wirklichkeit die Knechte der Konterrevolution seien, der Hamburger Aufstand aber habe das Kraftbewußtsein des deutschen Proletariats gestärkt und der deutschen Sozialdemokratie selbst einen schweren Schlag versetzt. Zum Schluß wird noch einmal betont, daß die Bewaffnung der Arbeiter und die technischen Vorbereitungen der entscheidenden Kämpfe mit aller Hartnäckigkeit vor sich gehen müssen. Die Proletarischen Hundertschaften müßten nicht nur auf dem Papier geschaffen werden. Nur dann, wenn die Arbeitermassen in den Hundertschaften einen Schutz bei Demonstrationen, Streiks und Zusammenstößen fänden, würden diese Hundertschaften genügend unterstützt werden.

Also das alte Lied: die Bewaffnung der Arbeiterschaft soll die Befreiung des Proletariats bringen. Betont wird vom neuem: nur um den bewaffneten Aufstand herbeizuführen, sind die Kommunisten in die sächsische Regierung eingetreten, wenigstens nach der Auffassung der Moskauer Zentrale, die jetzt so unzufrieden darüber ist, daß die sächsischen Kommunisten ihre Aufgabe schlecht durchgeführt haben. Es ist geradezu erschreckend, daß heute Tausende von Arbeitern der Kommunistischen Partei nachlaufen, obgleich diese Partei nach Weisung einer im Auslande lebenden Zentrale handeln soll, die von den deutschen Verhältnissen keine Ahnung hat. Man greift sich an den Kopf, wenn man liest, daß von den deutschen Kommunisten verlangt wird, sie sollten die Bewaffnung von 50 000 bis 60 000 Arbeitern durchführen und den General Müller „ignorieren". Darüber, wie die deutschen Kommunisten diese Befehle ausführen sollen, scheint sich das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den Kopf nicht zu zerbrechen. Unsre deutschen Kommunisten müßten ihren Moskauer Päpsten die Antwort geben, daß das, was sie verlangen, in Deutschland unmöglich ist. Aber erstaunlicher sind sie in ihrem Wahnsinn so verblendet, daß sie selbst nicht mehr die Wirklichkeit zu sehen vermögen, oder sie handeln unehrlich, sie wollen die Wahrheit nicht sagen und ziehen es lieber vor, die sozialdemokratischen Führer zu bekämpfen, weil sie angeblich „konterrevolutionär" sind. Was die Kommunisten bisher getan haben, war ein schweres Verbrechen gegen die deutsche Arbeiterschaft. Um ihrer unmöglichen Ziele willen haben sie die schwersten Bruderkämpfe in die Reihen der Arbeiterschaft hineingetragen. Noch schlimmer würde es freilich werden, wenn sie wirklich die Befehle des Exekutivkomitees durchführen könnten. Viele, viele Tausende von Arbeitern würden dann den Kugeln der Reichswehr ausgeliefert und die Reaktion würde in Deutschland noch stärker werden, als sie es zum Teil infolge des kommunistischen Wahnsinns jetzt schon ist.

•

Die Moskauer Hörigen in Sachsen

In Westsachsen hat übrigens am 8. und 9. März ein kommunistischer Bezirksparteitag stattgefunden, auf dem eine Resolution der Linken mit 68 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Es wird dort verlangt, daß in der K. P. D. und in der Kommunistischen Internationale mit aller Kraft der Kampf geführt wird zur Vernichtung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen. Die Politik der Einheitsfronttaktik, der Arbeiterregierung und der Sachwerterfassung sei der Ausdruck der reformistischen Strömungen in der Partei gewesen, die zum Versagen der K. P. D. im Oktober vorigen Jahres geführt hätte. In einer Resolution zur gewerkschaftlichen Frage wird u. a. verlangt, daß im Mai ein Kongreß revolutionärer Gewerkschafter stattfindet, an dem auch Delegierte der revolutionären, wenn auch gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter aus den Betrieben und die revolutionären Betriebsräte teilnehmen sollen.

Aus der ersten Resolution sieht man, daß die Kommunisten heute alles das verleugnen, für was sie früher eingetreten waren: Einheitsfronttaktik, Arbeiterregierung, Sachwerterfassung, das alles ist heute nichts mehr, es war nur „ein Ausdruck reformistischer Strömungen". Es liegt im Wesen der Kommunistischen Partei, daß sie ihre radikalen Phrasen und Schlagworte immer durch neue, scheinbar noch revolutionärere Phrasen und Schlagworte übertrumpfen muß. Da die K. P. D. von vornherein unmögliche Ziele aufstellt, so würden sich ihre Anhänger bald von der Partei wieder abwenden, wenn sie nicht dadurch gehalten werden können, daß man ihnen immer neue Schlagworte, von denen das eine unsinniger ist, als das andere, hinwirft. Lange kann die Sache nicht gehen. Eine Partei kann unmöglich auf die Dauer davon leben, daß sie den bewaffneten Aufstand vorbereitet, der nicht etwa in einer fernen Zukunft, sondern in Bälde erfolgen soll, wenn dieser Aufstand nicht kommt und er wird und kann in Deutschland nicht kommen. Es werden höchstens wieder gelegentlich bei unbedeutenden Putschen kostbare Arbeiterleben zwecklos hingeopfert. Sollten nicht auch die Arbeiter, die sich heute von den großen Worten der kommunistischen Maulhelden betören lassen, recht bald einsehen, welch dummes und frivoles Spiel mit ihnen getrieben wird?

•

„Es lebe der Bürgerkrieg!"

Der Bezirkstag der K. P. D. für Erzgebirge-Vogtland erließ zugleich auch einen Aufruf an die Partei, der in nicht mißzuverstehender Sprache die Parteimitglieder bearbeitet. Es genügt einen Absatz des Aufrufs wiederzugeben. Es heißt da im Fettdruck:

„Der Reichstag ist krepiert! Mit größter Energie muß die Parteimobilisierung für den Wahlkampf durchgeführt werden. Die letzten demokratischen Illusionen gilt es zu zerfetzen. Die Wahlen sollen zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterschaft bereit ist, den bürgerlichen Staat zu zertrümmern und die proletarische Diktatur aufzurichten. Sie sollen zum Bekenntnis für den Bürgerkrieg und den bewaffneten Aufstand werden."

Also los! Piff, paff, puff!

Wie wählt der Mieter?

Am Sonntag tagte in Berlin der Gesamtvorstand des Deutschen Mieterbundes. Von den zur Annahme gelangten Entschließungen heben wir folgende hervor:

„Der Vorstand stellt fest, daß große politische Parteien, deren Wähler zu einem erheblichen Teile den schwer um ihre Existenz ringenden Volkskreisen angehören, die berechtigten Forderungen der Mieterschaft hinsichtlich der Regelung des Wohnungswesens, insbesondere auch der Mietzinsbildung, nicht nur gänzlich unbeachtet, sondern sogar, zum Teil durch Ausübung des Fraktionszwanges bei den Abstimmungen in den Parlamenten, bekämpft haben. Der Vorstand vertritt die Auffassung, daß die parteipolitische Neutralität der Mieterbewegung nicht dazu führen darf, daß Freunde und Gegner der Mieterbewegung bei den kommenden Wahlen gleichmäßig behandelt werden. Er ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Mieterschaft restlos darüber aufgeklärt werden muß, wo ihre Freunde und wo ihre Gegner sitzen, damit sie ihre Abstimmung danach einrichten kann. Die künftige Zusammensetzung der Volksvertretungen ist entscheidend für das Schicksal des Mieterschutzes und für die Regelung des Wohnungswesens.

Der Vorstand erwartet deshalb von der deutschen Mieterschaft, daß sie bei den kommenden Wahlen zu den Volksvertretungen die Konsequenzen aus der bisherigen Haltung der politischen Parteien zur Mieterschutzgesetzgebung zieht und die Mieter nur denjenigen Parteien und Abgeordneten ihre Stimme geben, die eine Gewähr dafür bieten, daß sie für die Forderungen der organisierten Mieterschaft mit Entschiedenheit eintreten werden."

Betrachtet man die Haltung der bürgerlichen Fraktionen zur Mieterschutzgesetzgebung, dann kann für keinen Mieter Zweifel darüber bestehen, welcher Partei er seine Stimme geben muß. Immer wieder hat die Sozialdemokratie im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien nicht nur die Innehaltung der Mieterschutzgesetzgebung gefordert, sondern auch Vorschläge zur Erleichterung der den Mietern auferlegten Lasten gemacht. Wir brauchen u. a. nur daran zu erinnern, daß sie es auch war, die im Reichstag beantragte, die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Mietsteuer zu streichen und die dem Etat dadurch entgehenden Mittel durch Belastung der besitzenden Schichten bereitzustellen.

Skandal?

Ankläger und Kronzeugen im Zeigner-Prozeß

Wir haben bisher mit dem Urteil über den Zeigner-Prozeß zurückgehalten, weil wir auch den Anschein vermeiden wollten, als ob wir uns hinter Zeigner stellten, nur deswegen, weil er unser Parteigenosse ist. In der bürgerlichen Presse ist ja schon seit Monaten so getan worden, als ob der Zeigner-Prozeß zur Aufdeckung eines großen sozialdemokratischen Korruptionsherdes führen werde, und schon bei den Gemeindewahlen in Sachsen, wie bei den Wahlen in Thüringen, ist sehr stark mit dem Fall Zeigner gearbeitet worden. Was sich bisher aus den Verhandlungen ergeben hat, zeigt nun allerdings, daß hier wahrscheinlich ein großer Skandal vorliegt, aber nicht ein „Zeigner-Skandal". Immer mehr bekommt man den Eindruck, daß es gewissen Leuten bei diesem Prozeß weniger darauf ankam, irgendeinen bestechlichen Beamten zu bestrafen, sondern daß man es darauf anlegte, Rache an dem Sozialdemokraten und Republikaner Zeigner für seine politische Betätigung zu nehmen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß Zeigner sich Dinge zu schulden kommen ließ, die er unter allen Umständen vermeiden mußte. Er durfte sich nicht mit einem Manne wie Möbius so weit einlassen, wie er das getan hat. Er durfte nicht mit Leuten, die Gnadengesuche an das Justizministerium gerichtet hatten, in Cafés und auf der Straße zusammenkommen, und er hätte korrekterweise gegen die Leute sofort vorgehen müssen, die ihn zu bestechen versuchten. Aber daß er sich tatsächlich in irgendeinem Falle hat bestechen lassen, ist bisher nicht bewiesen. Er hat die Summen, die man ihm übergeben hat, soweit sich das aus dem bisherigen Verlauf des Prozesses ergibt, immer wieder zurückgegeben.

Sehr merkwürdig ist es, daß Staatsanwaltschaft und Gerichte es fertig gebracht haben, den ehemaligen Ministerpräsidenten monatelang in Untersuchungshaft sitzen zu lassen, obgleich das ganze Anklagematerial im wesentlichen auf den Angaben des Mitangeklagten Möbius beruht. Haben Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter wirklich nicht gemerkt, welch unzuverlässiger Zeuge dieser Mann ist, der heute so und morgen so ausgesagt hat, oder hielt man es nicht für nötig, erst längere Ueberlegungen über die Zuverlässigkeit anzustellen, wenn man einen Belastungszeugen gegen den Sozialdemokraten Zeigner hatte? Aus den Aussagen des Möbius selbst und denen des Genossen Graf geht hervor, daß man offenbar mit gutem Erfolg auf Möbius eingewirkt hat. Dieser Mann, ein offenbar mit allen Wassern gewaschener Herr, hat sehr schnell gemerkt, daß es für ihn günstig ist, wenn er Zeigner belastet. Der Staatsanwalt Fiedler, der ebenso wie der deutschnationale Rechtsanwalt Melzer in der ganzen Geschichte eine sehr merkwürdige Rolle spielt, bestreitet zwar, daß er den Möbius irgendwie beeinflußt hat. Aber die Tatsache kann er nicht bestreiten, daß Möbius aus der Haft entlassen wurde, als er Zeigner belastende Aussagen machte, und daß er wieder verhaftet wurde, als er sein belastendes Zeugnis wieder abschwächte.

Unser endgültiges Urteil über das Verfahren gegen Zeigner müssen wir uns bis nach dem Schluß des Prozesses vorbehalten, aber aus der bisherigen Verhandlung muß man sehr stark den Eindruck bekommen, daß es sich hier wieder einmal zeigt, wie gut gewisse Kreise die Justiz gegen entschiedene Republikaner anzuwenden verstehen.

Jedem, der Zeigner kannte, mußte es von vornherein unglaublich erscheinen, daß Zeigner sich habe bestechen lassen. Zeigners Lebenshaltung war sehr bescheiden und er hatte eine offene Hand, wenn es galt, Mittel für soziale oder kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen. Er hat auch, soweit uns bekannt ist, wiederholt Notleidenden geholfen. Wir hoffen, daß auch das weitere Ergebnis des Prozesses den ehemaligen Ministerpräsidenten von der gegen ihn erhobenen Anklage der Bestechung reinigen wird.

Verhandlungsbericht

Leipzig, 18. März. (Eig. Drahtb.)

Im Zeigner-Prozeß begann die Dienstagsitzung mit der Erörterung des Falles Brandt. Der Angeklagte Möbius bestreitet auch hierbei jetzt die von ihm beim Untersuchungsrichter gemachten Angaben, als ob er von Brandt für Dr. Zeigner ein geschlossenes Kuvert mit dem Gesuch und 5000 M. erhalten habe. Das Geld soll in einem offenen Kuvert gewesen sein und ist von Möbius selbst behalten worden. Auf Brandts Vorschlag fuhren sie beide später nach Dresden, um bei Dr. Zeigner vorfällig zu werden. Möbius suchte Dr. Zeigner in dessen Wohnung auf und bat ihn, ins Café Bippold zu kommen. Dr. Zeigner weigerte sich un-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240319/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG